Statement der Landesvorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Baden-Württemberg Doro Moritz

Bildungspolitische Veranstaltung des Kultusministeriums am 18. Februar 2017
Qualitätsentwicklung

Sehr geehrte Frau Eisenmann,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Steigerung der Qualität schulischer Bildung ist auch für die GEW als Bildungsgewerkschaft ein zentrales Anliegen. Deshalb freue ich mich, dass ich Gelegenheit habe hier zu sprechen. Ich habe diese Veranstaltung den Tarifverhandlungen in Potsdam vorgezogen.
Die GEW vertritt Interessen wie alle, die heute hier zu Wort kommen. Ich spreche für die Bildungsgewerkschaft GEW und ihre 50.000 Mitglieder in Baden-Württemberg, in der sich Lehrkräfte aller Schularten sowie Mitglieder in der Schul- und Kultusverwaltung einschließlich der Lehrerbildung wiederfinden.
Wir machen Beobachtungen und können Anregungen weitergeben. Wir können aber die Arbeit von Wissenschaftler/innen, die sich mit Unterrichts- und Schulentwicklung befassen, nicht ersetzen.
Auch wir als Bildungsgewerkschaft haben in den vergangenen Jahren immer wieder wissenschaftliche Expertise eingeholt, um Antworten auf drängende Fragen zu bekommen. Ich nenne die Gutachten zur regionalen Schulentwicklung, die Expertise Gemeinschaftsschulen, das Gutachten von Klaus Klemm zum Lehrerbedarf, das wir derzeit in Bezug auf die Grundschule zur Aktualisierung in Auftrag gegeben haben.

Die aktuelle Aufregung um die Qualität schulischer Bildung ist groß. Trotzdem warne ich vor schnellen Lösungen.
Ich äußere mich heute zur Frage der zentralen Elemente der Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung, die alle Schülerinnen und Schüler im Blick haben muss und konzentriere mich auf die Lehrerfortbildung.
Ich habe bereits im Sommer 2016 vorgeschlagen, dass die Verantwortlichen für LFB (die Landesakademie, das KM, die Schulreferate und Ref. 25, Ref. 77 der RP, SSÄ, Schulpsychologie, die Hochschulen, SSDL) unter Einbeziehung des Landesinstituts für Schulentwicklung, das bisher leider außen vor war, gemeinsam mit wissenschaftlicher Expertise beraten.
Ich erneuere auch den Vorschlag, eine Enquêtekommission „Qualitätsentwicklung an allgemeinbildenden Schulen“ einzurichten. Für diese gewaltige Aufgabe ist es angemessen, den Landtag in die Verantwortung zu nehmen, wie dies für die Berufliche Bildung bereits erfolgreich gemacht wurde.

Mit meiner langjährigen Erfahrung mache ich einige Anmerkungen:

- Unsere Fortbildungsangebote stehen unverbunden nebeneinander. Sie müssen zusammengeführt werden. Die Konzeptionen sichern überwiegend keine Nachhaltigkeit.
- Wir brauchen mehrteilige, auch ganztägige Angebote für professionelle Lerngemeinschaften.
- Unterrichtsentwicklung muss systematisch angegangen werden. Ich empfehle dem KM, die vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Unterrichtsentwicklung zu nutzen. Das ist notwendig in allen Schularten. Seit Jahren weist der Bildungsbericht des Landesinstituts für Schulentwicklung wenig erfreuliche Befunde zum Beispiel zu Differenzierung, Abgestimmtheit der Leistungskriterien und Rückmeldekultur

aus, die Maßnahmen der Schul- und Kultusverwaltung notwendig machen.

- Die Kompetenzen des LS sollten deutlich stärker in die Qualitätsentwicklungsprozesse einbezogen werden.
- Mit Blick auf die Realschulen sage ich: Die zusätzlichen Stunden werden nicht sicherstellen, dass sich die Qualität des Unterrichts in der heterogensten weiterführenden Schulart verbessert und sich die Arbeitszufriedenheit der Lehrkräfte erhöht. Wir brauchen dringend Konzepte zur Förderung der Risiko-Gruppen (20 %) und zur Befähigung für den Umgang mit Heterogenität. Am Gymnasium ist die Übergangsquote in den vergangenen 25 Jahren um zehn Prozent angestiegen – bei verbindlicher Grundschulempfehlung.
- Teamentwicklung und Begleitung von Schulen findet nicht systematisch statt.
- Fachberater/innen Schulentwicklung und Unterrichtsentwicklung müssen in einer Person vereint werden und den Schulen zur Begleitung zur Verfügung stehen.
- Fortbildner/innen müssen bezüglich ihrer Kompetenz und Ausstattung professionalisiert werden. Die monatliche Vergütung der Fachberater/innen im GHWRGS-Bereich in Höhe von 38,81 EUR brutto bei Vollbeschäftigung ist lächerlich. Für die gleiche Aufgabe gibt es im höheren Dienst eine Funktionsstelle in A 15 (922 GYM-Stellen für 378 Schulen, die 3.287 GHWRGS-Schulen haben 1.108 Zulagen in Höhe von 38,81 Euro.)
  Auch deshalb ist die Fluktuation der Fortbildner/innen sehr hoch.
- Unterschätzt und vernachlässigt wird die Bedeutung der Schulleitung für die Qualitäts- und Personalentwicklung. Ich

verweise dazu auf die Ergebnisse der Unterrichtsqualität in der wissenschaftlichen Begleitstudie zur Gemeinschaftsschule.

- Für neue Aufgaben (Inklusion, Ganztag, Flüchtlinge, Zieldifferenz in der Realschule und GMS, große Heterogenität in allen Schularten, Digitalisierung …) gibt es keine klaren Konzepte und zu wenig zusätzliche Zeit.
- Auch für die Schulverwaltung gibt es kein Konzept der Qualitäts- und Personalentwicklung.
- Ich erinnere daran, dass die Personalvertretungen bei der Einführung der Fremdevaluation großen Wert auf die Durchführung durch ein von Aufsicht freies Institut legten. Das ist das LS.
- Die Fremdevaluation sollte weiterentwickelt und nicht gestrichen werden. Wir brauchen eine dialogische FEV, auch eine Prozess-Evaluation.
  Derzeit haben wir kein Konzept in der Schul- und Kultusverwaltung, das einen produktiven Umgang mit den Fremdevaluationsergebnissen sichert. Auf einen Wunschkurs nach der FEV wartet eine Schule 2 bis 3 Jahre.
- Wir empfehlen eine datengestützte Schulentwicklung bzw. Entwicklungsberatung wie sie Schleswig-Holstein, Hamburg und vor allem das erfolgreiche Kanada praktizieren. Sie stellt das Ziel der Qualitätsentwicklung und nicht die Kontrolle in den Mittelpunkt und ist eingebettet in den Prozess. Sie hat einen Bezug auf die Einzelschule und blendet den sozioökonomischen Zusammenhang nicht aus. Datengestützte Schulentwicklung zielt im Unterschied zum Bildungscontrolling darauf, dass den Schulen und der Schulaufsicht Daten zur Verfügung gestellt werden, aus denen in einem dialogischen Prozess Entwicklungsziele abgeleitet und verfolgt werden. Und er nimmt die Unterstützungssysteme in den Focus, die aufgrund

sorgfältiger Analyse von den Schulen angefordert werden können.
Zahlreiche Daten, die für eine datengestützte Entwicklungsberatung genutzt werden könnten, sind heute bereits vorhanden. Sie müssen gezielt für die Einzelschule aufbereitet und nutzbar gemacht werden. Daran schließen sich Gespräche und Planungen zur weiteren Entwicklung der Schule an. Dafür brauchen die Schulen Gesprächspartner und Unterstützung durch die Schulverwaltung und durch weitere Partner, wie zum Beispiel LS und Landesakademie. Für alle diese Entwicklungen braucht es ausreichende Zeitbudgets und finanzielle Mittel, wenn sie erfolgreich sein sollen.

- Stattdessen erleben wir im Jahr 2017, dass die Mittel der Lehrerfortbildung erneut drastisch gekürzt wurden.
- Lehrgänge im GHWRGS-Bereich, die sich mit Heterogenität, Schulentwicklung und anderen aktuellen Herausforderungen befassen, sind extrem überbucht.
- Nicht förderlich für die Qualität ist der hohe Anteil fachfremden Unterrichts, vor allem in der Grundschule und in anderen kleinen Schulen, auch an den GMS. Hier ist die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Schulgröße und Qualität zu stellen.
- Die Zementierung der Grundschule auf die Regelstudienzeit von 8 Semestern verschärft diese Problematik.
- Ich will an dieser Stelle nicht unerwähnt lassen, dass die Kontingentstundentafel erfolgreicher Bundesländer in der Grundschule mehr Stunden ausweist und unsere Grundschulen als einzige Schulart keine Poolstunden in der Pflichtstundenzuweisung haben.
- Wir erleben derzeit eine deutlich spürbare Verschlechterung der Unterrichtsversorgung, für Inklusion und für geflüchtete Schüler/innen in Regelklassen, für Sprachförderung und Integration gibt es entschieden zu wenige Ressourcen.

Ich stelle fest: Wer die Qualität des Unterrichts verbessern will, muss zunächst dafür sorgen, dass er stattfindet. Die Streichung von 1.074 Lehrerstellen im Jahr 2017 ist angesichts dieser Aufgaben und der Arbeitsbedingungen an den Schulen absolut kontraproduktiv.

Abschließend betone ich, dass gute fachliche Leistungen in den Unterrichtsfächern nur ein Teil dessen sind, was Schule zu leisten hat. Wir brauchen Studien, die die Gelingensbedingungen für eine Schule herausarbeiten, die alle Kinder und Jugendlichen zu einer umfassenden Bildung auch der Persönlichkeit, zu Verantwortungsbewusstsein, Selbständigkeit und einer demokratischen Grundhaltung führt. Den aktuellen gesellschaftspolitischen Herausforderungen, vor die uns rechtspopulistische und nationalistische Entwicklungen stellen, müssen wir mit einer Schule begegnen, in der Vielfalt, Solidarität und Toleranz ihren Platz hat und gelebt wird, die Zeit und Raum bietet für Erfahrungen und die Auseinandersetzung mit Werten und Orientierungen.